

Pressemitteilung

Presseverteiler:

Kölnische Rundschau Kölner Stadtanzeiger Radio Erft

Bündnis 90/Die Grünen Ortsverband Kerpen

Vorsitzende Annika Effertz und Michael Ernst Brückengasse 2 50169 Kerpen

Tel.: +49 (0)177 5612620

Mail: vorstand@gruene-kerpen.de
https://gruene-kerpen.de/



Antje Grothus MdL

Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf

Mobil: +49 (172) 921-6643

Mail: antje.Grothus@landtag.nrw.de
Netz: https://www.antjegrothus.de/

30.01.2025

Gemeinsame Pressemitteilung Antje Grothus (MdL) und B 90 / DIE GRÜNEN OV Kerpen

Das Oberverwaltungsgericht hat am 28.01.2025 einen Eilantrag des BUND Landesverband NRW gegen den aktuellen Hauptbetriebsplan für den Braunkohletagebau Hambach der RWE Power AG abgelehnt. Dies bedeutet, dass das sogenannte "Sündenwäldchen" bei Kerpen-Manheim vollständig abgeholzt wird. Der Energiekonzern RWE plant, dieses etwa sechs Hektar große Waldstück zu roden, um in der sog. Manheimer Bucht Sand und Kies für die Abflachung der Böschungen des Tagebaus Hambach zu gewinnen. Diese Maßnahme ist Teil der geplanten Umgestaltung des Tagebaus in einen hoch umstrittenen zukünftigen See im ehemaligen Tagebau.

Das Wäldchen gilt als ökologischer "Trittstein" zwischen dem Hambacher Forst und dem Naturschutzgebiet Steinheide. Das Waldstück hat eine besondere Bedeutung für den Artenschutz, da dort unter anderem die Bechsteinfledermaus und die Haselmaus heimisch sind. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hatte rechtliche Schritte gegen die Rodungspläne eingeleitet.

Zunächst hatte RWE hat eine Stillhaltezusage bis zur endgültigen Entscheidung des Gerichtes über den Eilantrag gegeben. Aktivist*innen hatten diese Zeit zu zum großen Teil friedlichen Protesten und Mahnwachen vor Ort genutzt. Nach der Bekanntgabe des Beschlusses wurde umgehende mit den Räumungs- und Rodungsarbeiten begonnen. Der Beschluss ist unanfechtbar.

Die Grünen in Kerpen kämpfen seit Jahren für den Erhalt der Flächen in Kerpen-Manheim. Nach dem der Erhalt des Hambacher Waldes sowie der vorgezogene Kohleausstieg erreicht werden konnten, waren alle davon ausgegangen, dass auch die Flächen über den 1,1 Mrd Tonnen Kohle, die im Boden ehemaligen des Tagebauvorfeldes liegen bleiben, erhalten werden. Aber RWE wird die Flächen vor Manheim nun zum Abbau von Sand und Kies nutzen. Die Kerpener Grünen sind nicht der Ansicht, dass die geplante, erst in vielen Jahren funktionsfähige "Vernetzung" unter Einbeziehung der zwei noch bis in die 30erJahre tätigen Kiesgruben, dazu

entlang von Hambachbahn, A4, DB und durchschnitten von zwei viel befahrenen Kreisstraßen und des geplanten, touristischen Anziehungspunktes rund um die alte Manheimer Kirche, die bestehende ökologisch nicht im Mindesten ersetzen, sondern allenfalls eine in die Zukunft verschobene Notlösung sein kann.

Eine Gegenwehr von Seiten der Stadt Kerpen hat es zu keiner Zeit gegeben. Dies dürfte vor allem an dem 2017 von Bürgermeister Spürck (CDU) unterzeichneten "Stillhalteabkommen" mit RWE liegen, der sog. "Rahmenvereinbarung", in der Bürgermeister Spürck zusichert, dass die Stadt sich gegen die Pläne der RWE auf Kerpener Boden nicht zur Wehr setzen wird. "Spürcks Amtskollege Gelhausen aus der Nachbargemeinde Merzenich hat seit 2019 vorgemacht, wie man sich mit politischer Integrität und persönlichem Engagement für eine gute Zukunft der eigenen Kommune und gegen RWE durchsetzen kann" sagt Annika Effertz, Ortsverbandsvorsitzende und Bürgermeisterkandidatin der Grünen für Kerpen. "Wir haben bis zuletzt gehofft die 500 Hektar wertvolle Flächen für den lokalen Strukturwandel und die Waldvernetzung erhalten zu können."

Noch am letzten Freitag hatte es am Sündenwäldchen eine von Antje Grothus (MdL) initiierte Ortsbegehung mit Politiker*innen, Bürger*innen und Biolog*innen gegeben. "Es ist sehr enttäuschend, dass das Gericht in seiner Abwägung das Interesse von RWE, in der Manheimer Bucht Sand und Kies abzubauen, über den Schutz bedrohter Ökosysteme und Tierarten stellt" so Grothus. "Die im Koalitionsvertrag verankerte großräumige Waldvernetzung wird mit gewachsenen Grünstrukturen so nahezu unmöglich gemacht. Um die ökologischen Schäden durch den Kohleabbau und auch die Manheimer Bucht zu heilen brauchen wir einen üppigen, revierweiten Biotopverbund." Der entlang der Hambachbahn verlaufende vorgesehene Korridor von 40 ha sei dafür ein kleiner Startpunkt und müsse jetzt schnell umgesetzt werden." Grothus weiter: "Seit 2020 setze ich mich für Alternativen zum Manheimer Loch ein und habe diese, beispielsweise den Arnoldustrail auf der alten A 4 Trasse, auch im AK Strukturwandel der Stadt vorgestellt. Es tut mir leid, dass ich nicht die Macht hatte, die Umsetzung der RWE-Planungen zu verhindern."

Mit dem Gerichtsurteil im Eilverfahren schließt sich am Tagebau Hambach vorerst ein langes Kapitel voller politischer und juristischer Auseinandersetzungen.

Derzeit ist weiterhin das Hauptsacheverfahren anhängig, dessen langfristiger Ausgang ist abzuwarten. "Für das "Sündenwäldchen" ist es dann zu spät" so Effertz.

Mit freundlichen Grüßen

Annika Effertz & Michael Ernst

Antje Grothus

Vorstandsvorsitzende B 90 / DIE GRÜNEN

Mitglied des Landtages B 90 / DIE GRÜNEN

OV Kerpen